

Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

**KASSELER LINKE**

Rathaus, 34112 Kassel  
Telefon 0561 787 1266  
Telefax 0561 787 7130  
fraktion@Kasseler-Linke.de

**Vorlage Nr. 101.18.487**

27. Februar 2017  
1 von 2

## **Nein zu Abschiebungen nach Afghanistan**

### **Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich gegen jede Abschiebung in Kassel lebender Menschen nach Afghanistan aus und fordert die Landesregierung auf, ein entsprechendes Abschiebeverbot zu erlassen. Diese Position wird auf dem Hessischen Städtetag von Vertreterinnen und Vertretern der Stadt Kassel aktiv beworben, um die Unterstützung durch weitere hessische Kommunen zu erhalten.

### **Begründung:**

Ein Appell der Vertreter\*innen unserer Stadt an die Verantwortlichen auf der Landesebene ist vor dem Hintergrund möglicher Abschiebungen von Kasseler Mitbürger\*innen in das von Krieg und Terror geprägte Afghanistan dringend geboten.

Weder die Landes- noch die Bundesregierung kann die Sicherheit der nach Afghanistan abgeschobenen Menschen garantieren. Im Gegenteil: Afghanistan ist entgegen der Einschätzung der Bundesregierung kein sicheres Herkunftsland. Diese Position teilen nicht nur Experten von Pro Asyl in ihrer Broschüre aus dem August 2016 (Afghanistan: Kein sicheres Land für Flüchtlinge. Eine Recherche zur politischen und ökonomischen Situation im Land, zur Sicherheitslage und zur Situation der Flüchtlinge), in der es heißt: „Afghanistan ist kein sicheres Land – nicht für seine Bewohner\*innen, erst recht nicht für Flüchtlinge und Rückkehrer\*innen.

Afghanische Flüchtlinge müssen deshalb in Deutschland weiterhin Aufnahme und den Schutz genießen, der ihnen zusteht“. Die Position wird zunehmend auch Journalist\*innen und Politiker\*innen verschiedener Parteien geteilt.

So hat etwa das Land Schleswig-Holstein ein Abschiebestopp nach Afghanistan verhängt.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Simon Aulepp

gez. Lutz Getzschmann  
Fraktionsvorsitzender